

# Vertrieben und vergessen

## Zehntausende Tote, eine hungernde Bevölkerung und zwei Kriegstreiber, die weiterhin von außen befeuert werden: Drei Jahre Krieg im Sudan

Von Ina Sembdner

Bestimmte Tage im April haben sich in das sudanesisches Gedächtnis eingegraben: Seit dem 15. April 2023 tobt ein sogenannter Bürgerkrieg, der das Land faktisch zweigeteilt hat; vor sieben Jahren riss das Militär am 6. April den Massenaufstand gegen die Herrschaft Omar Al-Baschirs an sich und stürzte den Autokraten nach 30 Jahren - nur um in der Folge das revolutionäre Aufbegehren im Keim zu ersticken. Am 6. April 1985 wiederum hatten Massenproteste den Sturz des damaligen Präsidenten Dschaafar Nimeiri zur Folge, was zumindest für kurze Zeit demokratische Freiheiten mit sich brachte.

Dieses Jahr ließ es sich Sudans De-facto-Herrscher General Abd Al-Fattah Al-Burhan an diesem Datum nicht nehmen, seine Streitkräfte (SAF) als Kraft an der Seite der Bevölkerung zu präsentieren. Die »Allianz der Kräfte für radikalen Wandel« erinnerte in diesem Zusammenhang an die blutige Niederschlagung des zivilen Sitzstreiks in der Hauptstadt Khartum am 3. Juni 2019, bei dem mehr als 100 Menschen innerhalb kürzester Zeit von den paramilitärischen »Schnellen Eingreiftruppen« (RSF) massakriert worden waren - unter Mohammed Hamdan Daglo, damals noch an der Seite seines jetzigen Kontrahenten Al-Burhan.

Was die Zahl der Getöteten seit dem von Daglos Truppen am 15. April 2023 losgetretenen Krieg betrifft, gehen Schätzungen von mehr als 140.000 aus; 14 Millionen Sudanesen wurden aus ihren Heimatorten vertrieben, und 20 Millionen Menschen leiden Hunger. Mit Blick auf die Auswirkungen des US-amerikanisch-israelischen Krieges gegen Iran erklärte Mathias Mogge von der Welthungerhilfe am Dienstag zudem: »Treibstoff ist lokal um bis zu 80 Prozent teurer geworden, Grundnahrungsmittel wie Weizen um rund 70 Prozent.« Für viele Familien sei selbst das unbezahlbar geworden. Gleichzeitig stiegen die Kosten für Hilfslieferungen so stark an, »dass wir deutlich weniger Menschen erreichen können«. Und auch Sudan ist für Helfer gefährlich: 130 von ihnen wurden in den vergangenen drei Jahren nach UN-Angaben getötet. Zum Vergleich - für den Ukraine-Krieg wurden 25 Fälle dokumentiert.

Militärmachthaber Al-Burhan, der mit Maximalforderungen diplomatische Deeskalationsversuche ins Leere laufen lässt, inszeniert sich seit der Wiedereroberung der Hauptstadt Khartum vor einem Jahr als nationaler Kriegsheld, wenn es seinen SAF gelungen ist, eine Stadt oder eine Region von den Paramilitärs zu erobern. Nicht selten werden dabei Zivilisten ebenso unterschiedslos getötet wie von den RSF, bei denen noch tödlicher Rassismus

gegenüber den nichtarabischen Bevölkerungsgruppen (rund 30 Prozent) hinzukommt – eine von der britischen Kolonialmacht institutionalisierte Trennung. Wie schon Anfang der 2000er Jahre, als Al-Burhan und Daglo noch gemeinsame Sache beim Genozid in Darfur machten, der mindestens 300.000 Fur, Zaghawa und Masalit das Leben kostete.

Mittlerweile ist klar: Die beiden Kriegsparteien führen nicht nur einen erbarmungslosen Kampf um die Macht in dem goldreichen nordafrikanischen Land, sie werden dabei von regionalen Mächten unterstützt, die wiederum zuallererst ihre eigenen Interessen verfolgen – flankiert von kurzweiliger internationaler Entrüstung. So etwa nach der RSF-Einnahme der 500 Tage unter Belagerung stehenden norddarfurischen Hauptstadt Al-Fascher im vergangenen Oktober, bei der nach jetzigen UN-Erkenntnissen innerhalb von drei Tagen mehr als 6.000 Menschen getötet wurden.

Und die Regierung in Berlin? Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) machte im Februar bei seiner Golfreise klar, dass ein Zurückfahren der Rüstungsexporte in die Region nicht auf der Agenda steht. Um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, sei man in diesem Bereich »weniger restriktiv«. Die Unterstützung Saudi-Arabiens für die SAF sowie jene der Vereinigten Arabischen Emirate für die RSF kann also auch mit deutschem Kriegsgerät weitergehen. Daran wird die an diesem Mittwoch in Berlin stattfindende Sudan-Konferenz nichts ändern.

*<https://www.jungewelt.de/artikel/520904.sudan-vertrieben-und-vergessen.html>*